

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg

An den Ministerpräsidenten des Landes
Brandenburg - Dietmar Woidke
Brandenburgische Staatskanzlei
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Fax: 0331 866-1321

Ansprechpartner:

Karsten Smid
Klima- und Energiebereich
karsten.smid@greenpeace.de
040-30618-388

Hamburg, 21. Juni 2016

Verkauf von Vattenfalls Braunkohlesparte an windigen Finanzinvestor

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir wenden uns mit diesem Offenen Brief in dringender Angelegenheit an Sie. Wir fordern Sie auf: Lassen Sie es nicht zu, dass Vattenfalls Braunkohlesparte in der Lausitz in die Hände von zweifelhaften Finanzinvestoren fällt.

Die schwedische sozialdemokratisch-grün geführte Regierung steht unmittelbar vor einer folgenschweren Entscheidung. Es wird erwartet, dass die Regierung noch in dieser Woche entscheidet, die Lausitzer Braunkohle-Sparte (Kraftwerke und Tagebaue) des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall SE an den tschechischen Finanzinvestor *Energetický a Průmyslový Holding (EPH)* zu verkaufen.

Wir sorgen uns, dass damit der *worst case* für Umwelt und Klima, für die Menschen in der Lausitz und für die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eintritt. Greenpeace befürchtet, dass EPH

- das Kapital aus der von Vattenfall übernommenen Braunkohle-Sparte und den übertragenen Rückstellungen herauszieht, in der Zukunft Insolvenz anmeldet oder sich durch gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen einer Haftung entzieht. Die Milliardenkosten für die Rekultivierung blieben damit den deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern überlassen.

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, BIC GENODEM1GLS, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

- weitere Braunkohletagebaue aufschließt und bis zu viermal, nämlich etwa 1,5 Gigatonnen, mehr CO₂ emittiert, als bei einem geordneten und planungssicheren Herunterfahren der Braunkohlesparte bis 2030 wie von Greenpeace und von unabhängigen Experten (z.B. Prof. Hans-Joachim Schellnhuber / PIK) vorgeschlagen.¹
- die Löhne in der übernommenen Braunkohle-Sparte massiv kürzt und von 2020 an eine erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen streicht.

EPH entspricht in klassischer Weise der Art von Finanzinvestoren, die der ehemalige Vorsitzende der SPD, Franz Müntefering, zu recht einst als „Heuschrecke“ brandmarkte. Nicht nur nach Umweltschutz-, sondern auch nach Beschäftigungs-Gesichtspunkten stellt ein Verkauf an EPH den *worst case* dar: Die Arbeitsplatz-Garantie, die die EPH für den Fall der Übernahme angekündigt hat, ist auf nicht einmal vier Jahre begrenzt. In der Slowakei steht EPH im Zusammenhang mit der Übernahme des slowakischen Stromversorgers Slovenske Elektrarne derzeit in der Kritik der Gewerkschaften, da EPH bereits drastische Lohnkürzungen angekündigt hat.

Die Praktiken des Unternehmens EPH, das über verschachtelte Strukturen bereits Eigner des deutschen Braunkohle-Konzerns *Mitteldeutsche Braunkohlen-Gesellschaft (MIBRAG)* ist, geben aus Sicht von Greenpeace Anlass zu größter Sorge. Das Geschäftsmodell von EPH beim Kauf der ostdeutschen MIBRAG basiert auf der Schaffung einer intransparenten Unternehmensstruktur, die ausschließlich auf Gewinnabschöpfung und rücksichtslose Ausbeutung der Braunkohle ohne Berücksichtigung von Folgekosten für Umwelt und Klima ausgerichtet ist. Das Unternehmen EPH gehört zum größten Teil Aktionären, die hinter Offshore-Firmen auf Zypern stehen. EPH hat bei seinem Tochterunternehmen MIBRAG kurz nach der Übernahme Rückstellungen für Bergbaufolgen in Höhe von knapp 130 Millionen Euro aufgelöst. Ausweislich der Jahresabschlüsse 2009 bis 2014 floss der Großteil an den Investor. Damit konnte EPH bereits nach fünf Jahren den Kaufpreis in Höhe von 404 Millionen Euro komplett refinanzieren.

Dazu wurden die zu erwartenden Kosten für die Rekultivierung nach Einschätzung von Greenpeace schöngerechnet: In der Jahresbilanz für das Geschäftsjahr 2014² erwähnt die MIBRAG Risiken und Kostensteigerungen für Rekultivierungsmaßnahmen mit keinem Wort. In dem „befreienden Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2014“³ warnt hingegen die Muttergesellschaft der MIBRAG, die *JTSD - Braunkohlebergbau GmbH* aus Zeitz unter dem Punkt „Risiken im Zusammenhang mit dem Bergbaubetrieb“:

„Zukünftige Bemühungen, Grundwasser zu beseitigen, sind möglicherweise nicht ausreichend und könnten künftige operative Anforderungen oder Erwartungen nicht erfüllen.“

Vor allem aber wird der Zeitpunkt der Sanierung in eine ferne Zukunft verschoben, mit der Konsequenz, dass die aktuellen Rückstellungsbeträge gering gehalten werden können. So plant JTSD erst „nach 2030 mit der Akkumulation erheblicher Barreserven“ zu beginnen.

¹ 1,372 Millionen Tonnen CO₂ bei Auskohlung und Verstromung der genehmigten Tagebaue und der beantragten Tagebaue Welzow-Süd II und Nochten; 2,025 Millionen Tonnen CO₂ bei Auskohlung der genehmigten und beantragten Tagebaue sowie der von Vattenfall als „Zukunftsfelder“ ausgewiesenen Felder Jänschwalde-Nord, Spremberg-Ost, Bagenz-Ost. Demgegenüber würde bei einem geordneten Ausstieg aus der Lausitzer Braunkohleverstromung bis 2030 noch 515 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt werden.

² Bundesanzeiger: Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH, Zeitz, Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis zu m 31.12.2014 vom 08.01.2016

³ Bundesanzeiger: JTSD - Braunkohlebergbau GmbH, Zeitz, Befreiender Konzernabschluss gem. §§291/292 HGB zum Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2014, EP Energy a.s., Brno/CSR, Konzern-Lagebericht vom 24.03.2016

Im Konzern-Lagebericht der JTSD wird auf interne Competent Person's Reports der Berater-Firma IMC aus den Jahren 2011 und 2014 verwiesen.^{4,5} In diesen Berichten, die Greenpeace vorliegen, wird die Perspektive des Unternehmens unter absolut unrealistischen Annahmen sehr positiv dargestellt und die drohenden finanziellen Belastungen der Wiedernutzbarmachung der Braunkohlegruben, die Wiederherstellung eines sich weitgehend selbstregulierenden Wasserhaushaltes und die Sanierung der Altlastenflächen schöngerechnet. So weist der „Competent Person's Report“ 2014 nachgewiesene Reserven von 429,3 Mio. Tonnen Rohbraunkohle und wahrscheinliche Reserven von 12 Mio. Tonnen aus, zusätzliche Braunkohle-Lagerstätten mit geologischen Ressourcen in Höhe von 300 Mio. Tonnen und weitere potentielle Abbaurechte in Lübtheen, Egelner Südmulde und Döbitzchen – als seien die Rahmenbedingungen, die die deutsche Energie- und Klimaschutzpolitik setzt, unbekannt. Die Pläne stehen den Klimaschutzzielen der Bundesregierung für 2020 und 2030 diametral entgegen.

Die Analysen des Competent Persons's Report aus dem Jahr 2011 zeigen die enorme Dimension der Rekultivierung der einzelnen Tagebaue. Noch gibt es in den Tagebauen mehr als 55 durch Altlasten kontaminierte Stellen, vier davon mit substantiellem Konfliktpotential zur aktuellen Bergbautätigkeit. Millionen Kubikmeter Erdreich müssen bewegt und Hunderte Millionen Kubikmeter Wasser jahrelang in die neuen Tagebauseen gepumpt werden. Kosten fallen vor allem bei den umfangreichen Erdarbeiten an, um eine ausreichende Hangstabilität zu gewährleisten. Zudem ist die Wiederherstellung eines selbstregulierenden Wasserhaushaltes enorm kostspielig und mit unkalkulierbaren Risiken verbunden.

Entlarvend dagegen ist die Strategie der MIBRAG in der Region:

„If it were in the public interest to improve the water quality status significantly then the entire region would require remediation at presently unknown but almost certainly very high costs. IMC does not see any political or public forces willing to undertake such efforts. For this reason, it is reasonable to expect that some good will but low cost efforts from MIBRAG's side are satisfactory.“

(IMC- CPR 2011, Seite 98)

Dagegen stellt die Konzernmutter JTSD in ihrer befreienden Konzernbilanz richtig fest:

„Wenn sich das notwendige Ausmaß an Sanierungstätigkeiten erhöht oder wenn der IMC Bericht die Rekultivierungskosten unterschätzt, wird von uns unter Umständen verlangt, höhere Rückstellungen zu machen. Darüber hinaus könnten wir verpflichtet werden, Rücklagen zu bilden. Außerdem könnten selbst diese erhöhten Rückstellungen oder Rücklagen nicht ausreichend sein, um die tatsächlichen Kosten der Rekultivierung oder Entschädigung an Dritte für Schäden an Grundbesitz zu decken.“

Dies bestätigen auch die Erfahrungen der Sanierungsgesellschaft LMBV, die gegründet wurde, um die Folgen des DDR-Bergbaus abzuwickeln. Selbst nach 25 Jahren und Ausgaben für die Sanierung in Höhe von elf Milliarden Euro müssen auch nach 2017 über Jahrzehnte hinweg erhebliche Finanzmittel von Bund und Land bereitgestellt werden. Zudem zeigt sich, dass immer wieder neue unvorhergesehene Probleme auftreten. Diese Erfahrung steht im eklatanten Widerspruch zu den Aussagen der MIBRAG, die glauben machen, dass die Wiedernutzbarmachung eine Routineangelegenheit sei, die innerhalb weniger Jahre bewerkstelligt werden könne. Auf dieser Basis werden dann Pläne für Rückstellungen aufgestellt, die an der Realität vorbeigehen.

⁴ IMC – Competent Person's Report for EP Investment Advisors, 30. September 2011

⁵ IMC – Competent Person's Report, Updated Reserve Statement for MIBRAG Assets to EP Energy a.s., 22. Januar 2014

Einen weiteren Schatten auf das Engagement der EPH wirft die causa Geisler: Als Direktor der Abteilung für Bergbau und Stromerzeugung der tschechischen *EP Energy A.S. (EPE)*, Tochter der EPH und Managing Director der *JTSD Braunkohlebergbau GMBH*, war Dr. Joachim Geisler in die Verhandlungen des EPH-Bieterkonsortiums um die Übernahme von Vattenfalls Braunkohlesparte an zentraler Stelle involviert. Geisler war bis 2015 einer der Geschäftsführer der MIBRAG. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bochum wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit dem Verkauf der MIBRAG an den tschechischen Investor EP-Holding (EPH) im Oktober 2015, wurde er jedoch von seinen Aufgaben entbunden und hat zum 31.01.2016 sein Dienstverhältnis bei der MIBRAG beendet. Geisler war Mitglied in der Delegation von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU), die im März 2015 Gespräche mit Tschechiens Ministerpräsident Bohuslav Sobotka, Daniel Kretinsky (CEO von EPH) und Tomas David (Generaldirektor von EP Energy) führte.

Die dargestellten Risiken im Geschäftsbericht der JTSD geben eine konkrete Veranlassung, Sicherheitsleistungen vom Unternehmen einzufordern. Die Aussage von Vattenfall-Chef Magnus Hall, „Würde Vattenfall die Braunkohlesparte behalten, wären die negativen Auswirkungen auf die Bilanz von Vattenfall angesichts der prognostizierten Großhandelspreise für Strom noch größer“, führt unmittelbar zur Frage, wie ein anderer Investor unter den gleichen Rahmenbedingungen ein solides Geschäft betreiben kann.

Auf Grundlage des Bundesberggesetzes (§ 56 Abs. 2 BBergG) können zumindest die langfristigen Kosten der Wiedernutzbarmachung per Bürgschaft gesichert werden. Die Landesbehörden sind nach dem Bundesberggesetz (§ 55, § 56 BBergG) verpflichtet, die Annahmen der Betreiber auf Plausibilität zu überprüfen. Die Bestellung von Sicherheitsleistungen steht im Ermessen der Behörde. Gleichwohl besteht eine Sorgfaltspflicht der Bergbehörde durch entsprechende eigene Ermittlungen die Angaben zu den Bergbaufolgekosten und Höhe der gebildeten und zu bildenden Rückstellungen der Unternehmen auf Plausibilität zu prüfen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor diesem Hintergrund rufen wir Sie auf: Treten Sie persönlich an den Premierminister von Schweden, Stefan Löfven, heran und setzen Sie sich dafür ein, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken. Der Verkauf von Vattenfalls Braunkohlesparte an einen windigen Finanzinvestor ist nicht alternativlos.

Greenpeace sieht die konkrete Gefahr, dass ohne Ihren Einspruch die Gesellschaft auf den Folgekosten in Milliardenhöhe sitzen bleibt, weil das hoch spekulative Businessmodell des Finanzinvestors EPH am Ende wie ein Kartenhaus zusammenfällt. Für die Zukunft der Lausitz, für einen geordneten und sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und für die langfristige Beseitigung der Braunkohle-Folgeschäden müssen jetzt mutige politische Entscheidungen getroffen werden. Die Zukunft lässt sich nicht aufhalten, sie lässt sich aber gestalten.

Mit freundlichen Grüßen



Brigitte Behrens
Geschäftsführerin Greenpeace e.V.